

18.10.2017 – PM 105/2017

Europäische Entsenderichtlinie

IG BAU: Besserer Schutz für entsandte Arbeiter nimmt erste Hürde

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und ihre politischen und gewerkschaftlichen Verbündeten in dieser Frage haben einen wichtigen Schritt in Richtung faire Entsendung in Europa erzielt. Gemeinsam mit dem DGB und den europäischen Gewerkschaftsverbänden EFBH und EFFAT haben sie erreicht, dass ein stärkerer Schutz von entsandten Arbeitnehmern in greifbare Nähe rückt. Montagabend folgte der Beschäftigungs- und Sozialausschuss des Europäischen Parlaments (namentlich SPD, Grüne, Linke, sozial orientierte Christdemokraten) den Argumenten der Gewerkschaften und beschloss die Überarbeitung der Entsenderichtlinie, wobei den Arbeitnehmern mehr Rechte eingeräumt werden sollen. „Mit dem Beschluss des Ausschusses haben wir eine wichtige Hürde bei der Verbesserung der Entsenderichtlinie genommen“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende und Präsident der Europäischen Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH) Dietmar Schäfers. „Leider ist damit die Kuh noch nicht vom Eis. Es folgen weitere Beratungen. Bei diesen darf der nun gefundene Kompromiss nicht weiter verwässert werden. Das Europäische Parlament muss dem Votum seines Ausschusses folgen, wenn der Slogan eines sozialen Europas nicht nur heiße Luft sein soll.“

Der Beschluss des Ausschusses sieht unter anderem vor, dass entsandte Arbeitnehmer künftig an Sonderzahlungen, Zuschlägen und weiteren Vergünstigungen teilhaben sollen. Ebenso sollen sie für Reise-, Unterkunfts- und Verpflegungskosten, die im Rahmen der Entsendung anfallen, Anspruch auf Zulagen erhalten und Tarifverträge werden für Entsandte, die für Subunternehmen arbeiten, anwendbar.